

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist eine der widersprüchlichsten Persönlichkeiten der Gegenwart. Diese Feststellung, und das nur zur eingehenden Klarstellung, hat nichts mit einer eventuellen Ukraine-Feindlichkeit oder Russland-Freundlichkeit zu tun. Sie soll vielmehr nur Licht in ein Dunkel bringen, in dem sich auch auf Westeuropa lauernerde Kriegsgefahren verbergen. Bevor es zum „großen Knall“ kommen sollte, den die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) schon einmal unbedacht herbeizuplappern drohte („Deutschland befindet sich im Krieg mit Russland“), sollten sich alle Verantwortlichen – und deren Wähler – noch einmal über die folgenden Punkte Gedanken machen.

Vielleicht, das ist der erste denkbare Einwand, will Selenskyj zu viel und dies viel zu schnell. Kaum war der Beschluß zur Kampfpanzerlieferung durch den Westen gefallen, kamen er und Vizeaußenminister Andrij Melnyk auf Kampfjets, Langstreckenraketen und (deutsche) U-Boote zu sprechen. Auf viele Deutsche machte und macht dies inzwischen nicht nur einen undankbaren Eindruck, sondern deutet für manche Beobachter auch auf eine gewisse Unseriosität hin.

Manche fragen sich auch, warum Selenskyj Friedensverhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt so kategorisch ablehnt. Mit dem Gegner zu sprechen bedeutet schließlich nicht, sich diesem bedingungslos auszuliefern. Statt dessen scheint in Kiew die Hoffnung vorzuherrschen, mit immer mehr Militär und immer mehr Rüstungsgütern die eigene Ausgangslage für eines Tages unweigerlich anstehende Gespräche zu verbessern. Man ignoriert dabei, daß diese Taktik bereits in vielen Fällen bitter fehlgeschlagen ist.

Andere Beobachter kritisieren, daß bei Selenskyj und seiner Regierung viel zu viel inszeniert wird. Tatsächlich kann dies nicht verwundern. War Selenskyj doch vor seiner politischen Karriere Schauspieler und Komiker, der bereits 2003 eine recht erfolgreiche Produktionsfirma namens „Studio Kwartal 95“ gründete. Freunde aus diesem Umfeld besetzen heute so manche Schlüsselposition in der Regierung, was die in dieser Hinsicht gewiß unverdächtige „Neue Zürcher Zeitung“ zu folgenden Zeilen veranlasste: „Die Präsidialverwaltung (der Ukraine, die Red.) ist durchsetzt mit ehemaligen Werbern und Drehbuchautoren. Wenn sie eines können, so ist es dies: die effektvolle Inszenierung eines Kriegspräsidenten.“

Derweil blühen auch unter Selenskyjs Augen Korruption und Vetternwirtschaft. Selenskyjs Wahlkampfversprechen, diese Spätfolgen der Wendezeit entschieden zu bekämpfen, wurde bisher jedenfalls nicht eingelöst. Im Gegenteil – nach entsprechenden Medienrecherchen mußten allein aus dem engsten Präsidenten-Umfeld nicht weniger als neun hochrangige Mitglieder der ukrainischen Führungselite jetzt ihren Hut nehmen, weil sie der Korruption verdächtig sind. Selenskyj hat sie im übrigen nicht aus freien Stücken entlassen. Er war vielmehr dazu gezwungen, nachdem die entsprechenden Verdachtsfälle von den Medien aufgedeckt worden waren.

Und schließlich scheinen sich Selenskyjs Ambitionen inzwischen nicht nur auf die Befreiung der Ukraine zu erstrecken (wogegen ein einigermaßen gerecht denkender Beobachter wohl kaum etwas einzuwenden hätte), sondern auf die kompromisslose Bekämpfung alles Russischen. Russischen Sportlern soll schon jetzt die Teilnahme an der nächsten Olympiade verboten werden, die Bücher russischer Autoren sollen geächtet werden und Kompositionen des vor 130 Jahren verstorbenen Pjotr Iljitsch Tschaikowski sollen im Westen nicht mehr aufgeführt werden. Es wäre ein regelrechter Kulturkampf, der bei manchen Selenskyj-Wählern wohl ankommt, aber in den meisten westeuropäischen Ohren sehr befremdlich klingt.

Dies mag auch für die meisten Deutschen gelten, die gegenüber der Ukraine wohl eine große Hilfsbereitschaft zeigen, aber keinerlei Kriegsbereitschaft. Daß der Weg zum Frieden vielleicht auch einen Umweg über die Lieferung von Panzern etc. nehmen muß, werden die meisten von ihnen wahrscheinlich noch zähneknirschend in Kauf nehmen. Doch wo wird die Grenze sein, von der Politik derzeit gerne als „rote Linie“ beschrieben? (tb)

2 **Europa: Jeder vierte Asylantrag wird in Deutschland gestellt**

Wenn sogenannte „Flüchtlinge“ Europa erreichen, zieht es sie in vielen Fällen nach Deutschland, in einschlägigen Kreisen auch als „Germoney“ verballhornt. Dies können die deutschen Politiker nun schwarz auf weiß nachlesen, denn der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Sommer, legte kürzlich anläßlich einer Sondersitzung der Unions-Bundestagsfraktion brisante Zahlen vor. Danach wurden im vergangenen Jahr 226 000 von 924 000 in Europa gestellten Asylanträgen in Deutschland gestellt, was in etwa jeder vierte Antrag war. Während die Flüchtlingszahlen weiter steigen, so der Amtschef sinngemäß, nimmt mit Ausnahme von Deutschland die Bereitschaft der meisten europäischen Staaten, diese Flüchtlinge auch solidarisch aufzunehmen, markant ab. (tb)

3 Bulgarien kämpft gegen seine „goldenen Pässe“

Es waren die von der bulgarischen Führung vor geraumer Zeit eingeführten „goldenen Pässe“, die den vom Land zugleich begehrten Beitritt zur Schengen-Zone bis heute mit verhinderten. „Goldene Pässe“ konnten bis zum Jahr 2021 z.B. chinesische und russische Investoren bekommen, wenn diese eine Mindestsumme im Land investierten, wozu auch der Kauf bulgarischer Staatsanleihen zählte. Nach dem angestrebten Schengen-Beitritt des Landes, freuten sich die damaligen Investoren, würden sie damit eine weitgehende Reisefreiheit in ganz Europa einschließlich der Schweiz genießen. Hierzu ist es bis jetzt aber nicht gekommen und nach dem Regierungswechsel im Jahr 2021 legte die neue Regierung ein Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der Korruption, was für die Ausgabe „goldener Pässe“ das Aus bedeutete.

Bei der „goldenen“ Passvergabe war u.a. die bulgarische Investitionsagentur federführend, was dem seinerzeitigen Leiter dieser Einrichtung, Stamen Yanev (heute Aufsichtsrat der staatlichen Bulgarischen Entwicklungsbank), jetzt staatsanwaltschaftliche Ermittlungen einbrachte. Ihm wird zur Last gelegt, mit seiner Mitarbeit bei der Erarbeitung der für den „goldenen Pass“ geltenden Regeln dem Staat geschadet zu haben, indem „das Vertrauen der Öffentlichkeit in das ordnungsgemäße Funktionieren der Exekutive erschüttert und Misstrauen gegenüber der Tätigkeit der bulgarischen Investitionsagentur geschaffen wurde“.

Insgesamt sollen rund 120 Chinesen und Russen einen „goldenen Pass“ erhalten haben. Bei der Vergabe war im Übrigen nicht nur die Investitionsagentur involviert, sondern auch die Spionageabwehr, das Innen- und das Justizministerium sowie mehrere Geschäftsbanken und Anwaltskanzleien. Aus diesen Bereichen wurden noch keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bekannt. (tb)

4 Melonis erste 100 Tage an der italienischen Regierungsspitze

Als die in den meisten europäischen Staaten als „rechtspopulistisch“ beschimpfte Italienerin Giorgia Meloni Ministerpräsidentin wurde, erwartete man in politisch-korrekten europäischen Kreisen unruhige Zeiten. Doch Meloni ist längst in der Realität eines Regierungschefs angekommen, wie eine kürzliche Entscheidung zeigt, die sie zu Oppositionszeiten noch heftig kritisiert hätte. Es geht um die Reduzierung der Mineralölsteuer, die noch die Vorgängerregierung beschlossen hatte, um die infolge des Ukrainekrieges explosionsartig gestiegenen Kraftstoffpreise auf ein noch bezahlbares Niveau zu bringen. Nunmehr scheinen die Höchstpreise vorbei zu sein, die Steuerreduzierung macht sich im Staatssäckel deutlich bemerkbar und Meloni hält nun den Zeitpunkt für ein Auslaufen dieser Regelung gekommen. Jetzt drohen die Tankstellenbetreiber mit Streik und auf den aufkommenden Proteststurm in der Bevölkerung entgegnete die Regierungschefin bereits, daß man sich als Regierungspartei eben „mit der Realität arrangieren“ müsse.

Dieses „Arrangieren“ findet nicht nur in der Innenpolitik statt. Auch außenpolitisch agiert Meloni anders als ihre Kritiker es befürchtet (und manche EU-Skeptiker sicherlich auch erhofft) hatten. Ihre Haushaltspolitik verdient wohl nicht das Prädikat „seriös“ – was in Italien auch ungewöhnlich wäre –, ist aber deutlich von einem hemmungslosen Schuldenmachen entfernt. Und das Land steht weiterhin fest an der Seite der Ukraine und hat erst kürzlich weiteren Waffenlieferungen stattgegeben, was im Hinblick auf Melonis Koalitionspartner Matteo Salvini und Silvio Berlusconi, die als eher pro-russisch gesonnen gelten, kaum abzusehen war. Während das Land also auch weiterhin fest an der Seite der Ukraine steht, schrumpft in der Bevölkerung die Unterstützung dieses Kurses messbar. Viele Italiener hoffen auf ein möglichst schnelles Ende dieses Krieges, auch wenn damit für die Ukraine Gebietsverluste einhergehen sollten. Sollte diese Haltung zu einer deutlichen Mehrheitsposition werden, bliebe abzuwarten, wie lange Meloni ihren gegenwärtigen Kurs noch halten könnte.

Im Gegensatz zur Ukrainefrage blieb Meloni in Sachen Migration ihren vor der Wahl geäußerten Grundsätzen eher treu – sowohl gegenüber den anderen EU-Staaten als auch den Nichtregierungsorganisationen (NGOs), deren Schiffe im Mittelmeer Schlauchboot-Migranten aufnehmen. Sie folgt im Wesentlichen der Linie, die 2018/2019 von Matteo Salvini als italienischer Innenminister geprägt wurde. Neue Auflagen für die NGOs zählen ebenso dazu wie die von Rom angestrebte Regelung, nach der die Flaggenstaaten der jeweiligen „Hilfsschiffe“ auch für den weiteren Verbleib der dort aufgelesenen „Flüchtlinge“ zuständig bleiben sollen. Damit müsse, so Meloni weiter, natürlich auch ein verstärkter Schutz der EU-Außengrenzen einhergehen. Einen ersten Erfolg hat Italiens Regierungschefin hier bereits erzielt: Auf dem dieser Tage stattfindenden EU-Sondergipfeltreffen wurde bzw. wird auf ihr Drängen hin die Migrationspolitik zu einem wichtigen Thema. (tb)

5 Schwedens Kampf gegen die unregulierte Einwanderung

Laut der schwedischen Migrationsministerin Maria Malmer Stenergard und dem Vorsitzenden der konservativen Schwedendemokraten im Parlament, Henrik Vinge, wird das Land eine Kampagne starten, mit der (unerwünschte) Migranten von einer Einwanderung abgehalten werden sollen. Man plant, hierzu ausländische Redaktionen und Nachrichtenagenturen sowie ausgewählte Botschaftsvertretungen in Schweden mit gezielten Nachrichten und Hinweisen zu versorgen. „Diese Regierung wurde unter anderem mit dem Auftrag gewählt, einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik herbeizuführen. Das erfordert viele große Veränderungen“, sagte Malmer Stenergard.

Laut der Ministerin könnten bessere – und realistischere – Informationen über die Schutzmöglichkeiten in Schweden (und anderen europäischen Ländern) das Leid jener Migranten verringern, die den Versprechungen krimineller Flüchtlingsschmuggler vertrauten und die spätestens im Zielland böse erwachten. Hätte man sie vorher über die tatsächlichen Einreise- und Asylregeln in Schweden wahrheitsgemäß informiert, hätten viele von ihnen ihre durchaus beschwerliche Reise erst gar nicht angetreten.

Bessere Informationen könnten auch helfen, das im Ausland vorherrschende Bild eines Sozialparadieses namens Schweden (könnte auch für Deutschland gelten) zu zerstreuen. Es waren und sind schließlich nicht zuletzt ökonomische Überlegungen, die so manchen Migranten gezielt nach Schweden oder „Germoney“ ziehen. Warum sonst sollte es im Jahr 2015 mehr als 160 000 Menschen in das kleine, kalte und im Winter dunkle Land gezogen haben? Und auch in den Jahren danach waren es jährlich stets mehr als 120 000 Migranten, die sich quer durch Europa nach Schweden durchschlugen. Inzwischen soll in dem 10-Millionen-Einwohner-Land der Migrantenanteil auf mehr als 20 % gestiegen sein. (tb)

6 „Schleierfahndungen sind nicht mit stationären Grenzkontrollen zu vergleichen“

Wir wiesen bereits in den „Vertraulichen“ vom 10.1.2023 unter der Textziffer 7 auf zukünftig gemeinsame Grenzpatrouillen („Schleierfahndung“) von schweizerischen und deutschen Kräften hin. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) begrüßte dies pflichtgemäß, übte sich aber ansonsten in beredtem Schweigen. Nachdem nun die Silvesterkrawalle, da beißt die Maus keinen Faden ab, das „Problemfeld Migration“ wieder ins Bewusstsein vieler noch realistisch denkender Menschen gerückt hatten, bezeichnete der Vizechef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, die mit der Schweiz getroffene Vereinbarung als in keiner Weise ausreichende: „Wenn man den Grenzabschnitt Schweiz zu Deutschland betrachtet, von Bahnstrecken bis zu Straßenübergängen, dann ist der Aktionsplan nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Schleierfahndungen sind nicht mit stationären Grenzkontrollen zu vergleichen. Das ist eine bewusste Politik, die Frau Faeser betreibt.“

Aus der Perspektive der deutschen Sicherheitsbehörden dürfte deshalb der Migrationsdruck auch über die Schweiz nicht nachlassen. Man versuche, mit einer entsprechenden Rhetorik, heißt es weiter, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken, während man de facto die Arbeit der Sicherheitsbehörden in keiner Weise erleichtere. Von der Schweiz nach Deutschland reisende, potentielle „Flüchtlinge“ können tatsächlich nur am Grenzübergang Basel-Weil am Rhein in einem noch auf Schweizer Gebiet liegenden deutschen Revier anhand ihrer Fingerabdrücke und/oder Fotos kontrolliert und legitimiert und gegebenenfalls an der Einreise nach Deutschland gehindert werden. Die so zurückgewiesenen „Flüchtlinge“ können im Regelfall dann aber immer noch an zahlreichen weiteren Grenzübergängen ohne deutsches Revier und damit ohne permanente Kontrollmöglichkeit ihr Glück versuchen, wenn sie dann nicht ohnehin die „grüne Grenze“ vorziehen. Und die „Gefahr“, im Rahmen der nun planmäßig intensivierten deutsch-schweizerischen Schleierfahndung dennoch aufgegriffen zu werden, bleibt nur sehr gering.

Dies ist nicht zuletzt eine Folge des Schengen-Abkommens, dem die Schweiz 2008 beigetreten ist. Die Grenze zu Deutschland ist damit zu einer Binnengrenze geworden, an der nach dem Wortlaut des Abkommens grundsätzlich keine permanenten Personenkontrollen statthaft sind. Eine gezielte Überwachung des Grenzverkehrs ist damit nur noch auf zollrechtlicher Basis möglich, wobei nach den Erfahrungen des Autors die Schweizer Zollbeamten einen grundsätzlich höheren Kontrolldruck ausüben (in Form der sogenannten „Grenzwache“) als ihre deutschen Kollegen. Wird ein möglicherweise illegaler Migrant aufgegriffen, fällt es sowohl den deutschen als auch den schweizerischen Behörden in der Regel sehr schwer, diesen in dasjenige Schengenland zügig zurückzuführen, in dem der erste Asylantrag gestellt wurde. Denn – das lehrt die Erfahrung – die meisten dieser sogenannten Flüchtlinge haben ihre wichtigen Papiere „auf der Flucht“ verloren. Merkwürdigerweise betrifft dieser „Schwund“ aber vor allem Ausweispapiere jeglicher Art. Ebenfalls mitgeführte Wertgegenstände (z.B. Ringe oder Ketten) oder gar das offenbar unverzichtbare Smartphone gehen merkwürdigerweise dagegen kaum verloren . . .

Ob und inwieweit die nun intensivierte deutsch-schweizerische Zusammenarbeit zu einer deutlichen Reduktion des Migrationsdrucks via Schweiz beitragen kann, bleibt abzuwarten. Zweifel sind aber schon jetzt angebracht. (tb)

7 Baerbocks dummes Geschwätz

Aktuell wird über die diplomatischen Kompetenzen von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) heftig diskutiert. Anlass war ihre angeblich doch nicht so gemeinte Kriegserklärung („Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“) und die damit aufgekommene Frage, ob ein Außenminister im Sinne einer reibungslosen Diplomatie nicht besser über eine gewisse sprachliche Gewandtheit verfügen sollte. Daß Baerbock hierüber in nicht gerade besonderem Maße verfügt, machte sie bereits im letzten Bundestagswahlkampf deutlich, als sie in Akkus Kobolde (statt Kobalt) vermutete und das Stromnetz kurzerhand zu einem riesigen „Stromspeicher“ erklärte.

Jetzt ist die Diskussion über Baerbocks dummes Geschwätz aber nur das eine. Die andere – und möglicherweise viel entscheidendere – Frage gilt dem weiteren Umgang mit ihr. Es ist die Frage, ob sie nach ihrem sprachlichen „Unfall“ überhaupt noch im Amt belassen werden kann. Ein Außenminister Hans-Dietrich Genscher hätte sich so etwas in den 1980er Jahren jedenfalls nicht erlauben können, ohne anschließend sofort zurückzutreten. Ein Diplomat (und ein solcher ist jeder Außenminister) muß schließlich jede Sprache, derer er sich bedient, im Griff haben und insbesondere mit dem Wort „Krieg“ sehr, sehr vorsichtig umgehen. Daß Frau Baerbock nunmehr trotzdem in ihrem Amt zu bleiben scheint, irritiert deshalb nicht nur in diplomatischen Kreisen, dort aber in besonderem Maße.

So oder so bleibt die gefährlich-schädliche Wirkung von Baerbocks Worten. Gerade in der derzeit äußerst angespannten internationalen Lage könnte so mancher Staat, der „dem Westen“ ohnehin nicht so richtig traut, der Beteuerung eines reinen sprachlichen Fehlgriffs misstrauen. Vielleicht, mag man sich dort fragen, steckt hinter der Äußerung der deutschen Außenministerin doch ein politisches Kalkül. Und man könnte dort wie folgt weiterdenken: Genauso, wie „der Westen“ seine Waffen nur stückchenweise an die Ukraine liefert, um die Schmerzempfindlichkeit des russischen Bären zu testen, könnte doch auch eine vielleicht ohnehin beabsichtigte Kriegserklärung scheinbar erfolgreich werden. Daß der deutsche Regierungschef, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Baerbock offenbar trotz ihres Lapsus' im Amt belässt, wird in diesen Kreisen jedenfalls als deutlicher Hinweis in Richtung einer „scheinbarweisen Kriegserklärung“ gewertet.

Es gibt jedoch noch eine weitere Erklärungsmöglichkeit für Scholz' Nichtstun, die für unser Land nur wenig schmeichelhaft wäre. Man könnte in Berlin schließlich ganz genau wissen, daß die Äußerungen deutscher Außenminister ohnehin keine große Rolle mehr spielen. Wie wir in den letzten Monaten und Jahren zur Genüge erfahren durften, werden die Richtlinien der deutschen Außenpolitik in erster Linie in Washington und vielleicht auch einmal in Warschau gelegt. Ein deutscher Außenminister selbst wird in der großen weiten Welt aber wohl kaum mehr ernst genommen. Vielleicht darf Baerbock auch deshalb im Amt bleiben und fleißig weiterplappern. Und sollte Scholz bei einer eventuellen Neuberufung für dieses Amt auf den vereinbarten Parteien- und Geschlechterproporz achten müssen (was er im Falle des Verteidigungsministeriums glücklicherweise nicht tat – aber da war ja auch nur „seine“ SPD betroffen) könnte ein Blick auf die verbliebenen grünen „Spitzen“-Politikerinnen uns vielleicht auch das Grauen lehren . . .! (tb)

8 „Flucht“ aus Europa

Nicht nur Deutschland, sondern viele Staaten der Europäischen Union verlieren zur Zeit drastisch an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Daß auch große und namhafte Industriebetriebe dabei immer häufiger ihr sprichwörtliches Bündel packen und „auswandern“, ist längst von einer Seltenheit zur immer häufigeren Realität geworden. In dem noch jungen Jahr 2023 kam es nun aber insbesondere für Deutschland knüppeldick: Der Impfstoffhersteller Biontech („An der Goldgrube“ in Mainz ansässig) zieht die Entwicklung von Krebsmedikamenten komplett aus Deutschland ab und geht u.a. nach Großbritannien. Der Autokonzern Ford wird zukünftige Elektroautos nur noch in den USA entwickeln. Das Kölner Entwicklungszentrum mit Tausenden Beschäftigten wird also mittelfristig überflüssig sein. Und schon vorher war bekannt geworden, daß Fords europäische E-Auto-Produktion komplett in Spanien und Rumänien angesiedelt sein wird, die Fabrik im saarländischen Saarlouis wird dagegen geschlossen. Der Pharmariese Bayer wird seine gesamte Medizinsparte in die USA verlegen und BASF (Chemie) wird die nächste Milliardeninvestition nicht mehr auf dem „alten Kontinent“ ansiedeln, sondern voraussichtlich in China.

Daß mit Auto-, Pharma- und Chemiekonzernen ausgerechnet Vertreter energieintensiver Branchen Deutschland und teilweise ganz Europa den Rücken kehren, ist kein Zufall. Denn schließlich werden in Europa und insbesondere in Deutschland derzeit die weltweit höchsten Gas- und Strompreise aufgerufen. Doch dies kann nicht der alleinige Grund sein, wie die Abwanderung auch von ganzen Entwicklungsabteilungen zeigt. Es ist vielmehr eine ganze Reihe zusätzlicher Faktoren, die insbesondere Deutschland als einen zunehmend unattraktiven Wirtschaftsstandort erscheinen lassen. Zu hohen Energiekosten gesellen sich hierzulande ein viel zu komplexes Steuersystem mit teilweise erdrückenden Steuerlasten, überbordende Bürokratieranforderungen, schlechte Finanzierungsbedingungen und eine oft nur noch als „schlecht arbeitend“ empfundene öffentliche Verwaltung.

Die Entscheidung von Bayer und Biontech, ihre medizinische Forschung aus Deutschland heraus zu verlagern, wurde u.a. von einer als „überschwappend“ und viel zu teuer empfundenen deutschen „Forschungsbürokratie“ ausgelöst. Hinzu kommen ideologisch motivierte politische Entscheidungen, die die stets rechnenden Manager in keiner Weise mehr nachvollziehen können. Man hat z.B. bei BASF durchaus registriert, daß die Strompreise insbesondere aufgrund der angestrebten „Dekarbonisierung“ stark anzuziehen, während gut laufende Kernkraftwerke abgeschaltet werden müssen. „Wirtschaftliches Harakiri“ nannte ein deutscher Experte diesen nicht mehr in die Zeit passenden Kernkraftausstieg.

Währenddessen werden auf politischer Seite schon jahrelang benutzte Schlagwörter wie „Verfahren beschleunigen“, „Genehmigungen vereinfachen“ und „Regulierungen schaffen, die eine rasche Expansion ermöglichen“ bemüht. Dies mag für den Bau von Flüssiggasanlagen gelten. Soll jedoch eine einfache mittelständische Gewerbehalle errichtet werden, läuft in den meisten Fällen schon die örtliche Baubehörde zu Höchstform auf und schikaniert Bauherr und Architekt. Und an eine Bekämpfung des tatsächlich gegebenen Fachkräftemangels denkt man in Deutschland auch nicht. Mit in die jeweiligen Landessprachen übersetzten Broschüren zu den deutschen Sozialleistungen mag man eine ganz bestimmte Klientel anziehen – die benötigten Fachkräfte werden sich aber eher weniger darunter befinden. Sie werden von der deutschen Bürokratie abgeschreckt und gehen in andere Länder, in denen sie und ihre Fertigkeiten eher willkommen sind. (tb)

9 Das kann entsorgt werden . . .

Die ersten Wochen des Jahres werden in vielen Büros für Aufräumarbeiten genutzt. Nachstehend informieren wir Sie gerne beispielhaft, welche Unterlagen nun grundsätzlich vernichtet werden können.

Der sechsjährigen Aufbewahrungspflicht unterliegen beispielsweise grundsätzlich der allgemeine Schriftwechsel (Geschäftsbriefe), Angebote mit Auftragsfolge, Exportunterlagen, Lohnkonten, Mahnbescheide, Nachweise über betriebliche Geschenke sowie die Kalkulationsunterlagen.

Zehn Jahre (stets ab Ende des Erstellungsjahres gerechnet) müssen z.B. Jahresabschlüsse, alle Buchungsbelege einschließlich der Kontoauszüge, Inventurunterlagen, Kassenbelege, Kredit- und Steuerunterlagen sowie Prozessakten aufbewahrt werden. Letzteres allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die das jeweilige Jahr betreffende Steuerveranlagung auch rechtskräftig ist. Ist dies nicht der Fall, müssen die Unterlagen auch weiterhin aufbewahrt werden. Im Zweifelsfall empfiehlt sich hier eine kurze Rücksprache mit dem steuerlichen Berater.

Für von Privatpersonen erhaltene Rechnungen gilt ebenfalls eine Aufbewahrungspflicht. Diese läuft allerdings nur zwei Jahre ab Ende des Jahres, in dem die jeweilige Rechnung erstellt wurde. Vernichtet werden können nun also im Regelfall alle privat erhaltenen Rechnungen, die vor dem 1.1.2021 erstellt wurden. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Belege, die beispielsweise zum Nachweis eventuell länger laufender Gewährleistungsfristen aufbewahrt werden sollten. (tb)

10 „All das ist linke Politik“

Der CSU-Vorsitzende Markus Söder erklärte in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“: „Im Grunde besteht zwischen den Grünen und der FDP kein Unterschied mehr.“ Und er erklärte auch sogleich, wie er zu dieser auf den ersten Blick überraschenden Feststellung kam: „Die einzige wahre Gemeinsamkeit der Ampelkoalition ist doch ihr Wunsch nach einer Umerziehung der deutschen Bevölkerung. . . . Es geht immer um Zwang statt um Freiheit. Es ist falsch, Gendern zwanghaft zu verordnen. Es ist falsch, staatliche Vorgaben zur Ernährung zu machen. Es ist falsch, Drogen wie Cannabis freizugeben. . . . All das ist linke Politik und ich verstehe nicht, warum eine bürgerliche Partei wie die FDP das alles mitmacht.“ (tb)

11

Für Sie auf gelesen:

„Findest Du, daß ich zugenommen habe?“ ,Nein, Du hast nur Dein Speckdrum erweitert.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettetthofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.